

ASK-FORCE

Wie sicher ist «Schwanensee»?

Ü bermorgen wird im Stadttheater Bern das Ballett «Schwanensee» aufgeführt. Das beunruhigt die von uns hoch geschätzte Leserin Cordula B. aus B. wie Bern: «Ist die Auf-führung angesichts der Geflügel-pest nicht etwas pietätlos?»

Wir gehen wohlwollenderweise davon aus, dass das Stadttheater **nicht verantwortlich** ist für den Ausbruch der Vogelgrippe. Es gibt keinen Hinweis, dass die Seuche ein geschickt inszeniertes Promoting-Event ist. Das Theater tut nur, was **die Politik** von ihm verlangt, und richtet sich mit «Schwanensee» viel stärker aufs momentane Publikumsinteresse aus.

Schwäne spielten bei der Verbreitung der Vogelgrippe bislang eine tragende Rolle. Gleichzeitig schuf erst die überdimensionierte Diskussion über die Tierseuche **das nötige Bewusstsein** für die unverkrampfte Annäherung an «Schwanensee» und die damit verbundene **Sicherheitsfrage**. Generell kann davon ausgegangen werden, dass keine unmittelbare **Ansteckungsgefahr** zwischen den Schwänen auf der Bühne und dem Publikum besteht, vorausgesetzt, das Publikum vermeidet engen und **direkten Kontakt** mit den Schwänen und deren Körperausscheidungen.

Für diesen Zweck wurde über die Jahre eine ausgeklügelte gesellschaftliche **Sicherheits-schleuse** entwickelt: Das Theater spricht mit seinem elitären Charakter eher gehobene soziale Schichten an, und diese verfügen dank ihrer besseren Lebenssituation über gestärkte **geistige Abwehrkräfte**. Zudem ist es in diesen Schichten nicht üblich, die Bühne zu stürmen, um engeren Körperkontakt mit den graziösen Schwänen zu suchen. Solches geschieht höchstens **rein gedanklich**.

Das Stadttheater verfügt mit dem Foyer zudem über eine etablierte **Präventionsabteilung**. Dort werden während der Pause unter anderem diverse chininhaltige Bittergetränke ausgeschenkt. **Chinin**, C<sub>20</sub>H<sub>24</sub>N<sub>2</sub>O<sub>2</sub>, wirkt gegen **grippalen Infekt**. Angesichts dieses Sicherheitsdispositivs erachtet die Ask-Force den Besuch des Balletts «Schwanensee» als grundsätzlich **unbedenklich**.

[1] FRAGEN SIE DIE ASK-FORCE! Die Ask-Force beantwortet Fragen, die kaum jemand zu stellen wagt. Mail: askforce@derbund.ch.

KURZ

Handtaschendiebstahl

**STADT BERN** Am Freitagabend wurde einer 88-jährigen Frau im Schützengässchen die Handtasche entrisen. Das Opfer, das unverletzt blieb, gab an, dass ein unbekannter Mann ihm von hinten die Handtasche entrisen habe. Der Dieb entfernte sich rasch über die Nägeli-gasse in Richtung Stadttheater. Die Stadtpolizei sucht einen 20- bis 25-jährigen Mann mit dunklen kurzen Haaren, der zur Tatzeit graue Hosen und eine dunkelgrüne Jacke trug (031 321 21 21). (pid)

Sprayer gingen um

**KÖNIZ** In der Nacht auf Sonntag haben Unbekannte Autos und Hausfassaden in Köniz und Spiegel verspritzt. Wie die Polizei mitteilt, beläuft sich der Sachschaden auf mehrere 10 000 Franken. (pd)

Vier Regierungsräte ziehen Bilanz

**STADT BERN** Morgen ziehen die vier zurücktretenden Regierungsratsmitglieder Dora Andres (fdp), Mario Annoni (fdp), Samuel Bhend (sp) und Elisabeth Zölch (svp) Bilanz im Rahmen des Zyschtig-Apéros im Klee-Zentrum unter dem Motto «Was ich schon lange sagen wollte...». Die Diskussion beginnt um 18.30 Uhr. (pd)



Informatik-Unterrichtsraum im Schulhaus Bümpliz – Flachbildschirme und schnelle Computer machen noch keinen gelungenen Informatikunterricht aus. ADRIAN MOSER

# Wie viel Geld für Bill Gates?

Software-Streit im Stadtrat – Parteien sind sich nicht einig, wie die Schulinformatik künftig aussehen soll

*Die Volksschulen der Stadt Bern sollen mit einer neuen Informatikinfrastruktur ausgerüstet werden. Die Stadtverwaltung möchte dazu Microsoft als Hauptlieferanten der Software berücksichtigen. Parteien von links bis rechts sind dagegen.*

NICK LÜTHI

Wenn heute in manchen Schulzimmern ein Computer mit Internet-Anschluss steht, dann bedeutet das noch lange nicht, dass Lehrpersonen und Schüler tatsächlich von den Segnungen der Informatik profitieren. Ausser ein paar Interessierten und Engagierten kümmert sich kaum jemand darum, die neuen Medien systematisch in den Unterricht einzubauen.

In den kommenden Jahren sollen nun die Berner Schulen auf den neuesten Stand gebracht werden. Investitionen sind sowohl für die technische Infrastruktur als auch für die Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte geplant. Informations- und Kommunikationstechnologie soll als neue Kulturtechnik in den Lernalltag der Schüler einfließen, nicht anders als dies mit Lesen und Schreiben der Fall ist.

Am 21. Mai vors Volk

Geht es nach den Vorstellungen der zuständigen Gemeinderätin, Bildungsdirektorin Edith Olibet (sp), werden Bernerinnen und Berner am 21. Mai über einen 8,5-Millionen-Kredit für die Einrichtung der Informatikplattform «Informatik Volksschule Stadt Bern» abstimmen. Das Gros des Betrags, mehr als 4,5 Millionen Franken, soll in neue Hardware investiert werden, der Rest in Software, Ausbildung sowie die Installation der gesamten Infrastruktur.

Gegenwärtig befindet sich das Geschäft zur Vorberatung bei der zuständigen Kommission des Stadtrats. Wenn sich heute Nachmittag die Mitglieder der Kommission für Soziales, Bildung und Kul-

tur ein zweites Mal mit der Vorlage befassen, wird vor allem eine Frage zu Diskussionen Anlass geben: Uneinig sind sich die Kommissionsmitglieder darin, ob die anzuschaffende Software in erster Linie von Microsoft geliefert oder ob künftig in Berner Schulen mit so genannter freier Software gearbeitet werden soll.

«Kostengünstige Lösung»

So wie sich das Geschäft heute präsentiert, ist vorgesehen, die Schulen künftig in erster Linie mit Produkten von Bill Gates' Unternehmen arbeiten zu lassen. Auf freie Software, also Computerprogramme, die ohne die Entrichtung einer Lizenzgebühr verwendet und nach eigenem Gusto weiterentwickelt werden dürfen, wird verzichtet.

Für Gemeinderätin Olibet ist die Pro-oder-kontra-Microsoft-Diskussion abgeschlossen. Die Vorgaben der städtischen Informatikdienste sowie der kantonalen Erziehungsdirektion, die für

das Ausbildungskonzept der Informatikfachleute an Berns Schulen verantwortlich ist, liessen nun mal wenig Spielraum. «Man kann sich ärgern ob der Marktmacht von Microsoft. Tatsache ist, dass wir nun eine kostengünstige Lösung vorliegen haben», sagt Olibet. Fachleute beurteilen das anders. Auf mittlere und lange Sicht sei der Einsatz von freier Software günstiger, nicht zuletzt weil die periodisch wiederkehrenden Lizenzgebühren wegfallen.

Auch aus dem Stadtrat schlägt Olibet Kritik entgegen. «Unsere Partei ist nicht bereit, dem Geschäft in seiner heutigen Form zuzustimmen», sagt FDP-Fraktionschef Stephan Hügli. Der ausgebildete Informatiker bemängelt die fehlende Evaluation von Alternativen. «Uns wird die Microsoft-Lösung als die einzig mögliche präsentiert, ohne gleichwertige Varianten mit freier Software oder im Schulbereich erfahrenen Unternehmen wie Apple je ernsthaft geprüft zu haben.» Ähnlich tönt es

auch bei der Grünen Freien Liste (GFL). Gabriela Bader, GFL-Stadträtin und Kommissionsmitglied, findet den Grundgedanken der frei verfügbaren und kostenlosen Computer-Programme sympathisch. «Gerade einer rot-grün regierten Stadt stünde es gut an, sich in diesem Bereich innovativ zu zeigen und nicht einen Monopolisten wie Microsoft zu unterstützen.»

«Riskante Abhängigkeit»

Heute Nachmittag werden die Stadträtinnen und Stadträte noch einmal Gelegenheit haben, sich von fachkundiger Seite über Alternativen informieren zu lassen. Dazu hat die Kommission Gaudenz Steinlin eingeladen, der als Berater für Projekte mit freier Software arbeitet. Im Gespräch mit dem «Bund» erläutert Steinlin, weshalb der Einsatz von Microsoft-Produkten im Schulbereich heikel sei. «Wer auf einen einzigen Hersteller setzt, begibt sich in eine riskante Abhängigkeit», sagt Steinlin. Zudem widerspreche das

Vorgehen der Stadt dem Trend in der öffentlichen Verwaltung hin zu offenen Standards beim Software-Einsatz. So verwendet das Bundesgericht in Lausanne für Büroanwendungen schon seit geraumer Zeit ein auf freier Software basierendes Produkt und nicht das weit verbreitete Office-Paket (Word, Excel usw.) von Microsoft. «Beim Einsatz in der Schule bieten solche freien Programme den grossen Vorteil, dass die Lehrer sie problemlos kopieren und den Schülern abgeben können, ohne dabei gegen Lizenzbestimmungen zu verstossen», erklärt Gaudenz Steinlin. Und wer sich in die Materie vertiefen wolle, könne die Software verändern, erweitern und seinen eigenen Bedürfnissen anpassen, ohne dabei die Urheberrechte des Herstellers zu verletzen.

Ungewohnte Allianzen

Von solchen Argumenten nicht mehr überzeugen lassen will sich SVP-Stadtrat Simon Glauser. Er habe zwar zwischenzeitlich Sympathien gehegt für eine Rückweisung der Schulinformatikvorlage, inzwischen sei er zusammen mit seiner Partei zum Schluss gekommen, Schuldirektorin Olibet zu unterstützen. «Bei einem so grossen Projekt auf freie Software zu setzen, scheint uns ein zu grosses Risiko.»

Damit kommt es zu einer unüblichen Konstellation: Während SVP und SP – die Sozialdemokraten werden dem Vernehmen nach ihrer Gemeinderätin folgen – das Geschäft möglichst unverändert und rasch in den Stadtrat und im Mai an die Urne bringen möchten, wird eine Allianz aus Mitgliedern von FDP, Grünem Bündnis und Grüner Freier Liste dafür plädieren, noch mal über die Bücher zu gehen.

Kommissionspräsident Simon Röhliberger von der Fraktion Grünes Bündnis/Junge Alternative wäre darüber nicht unglücklich: «Wir hätten durchaus Zeit, in eine weitere Runde zu gehen, um so die Aspekte der freien Software eingehender prüfen zu können.»

INFORMATIK IN BERNS SCHULEN

## «Gleiche Chancen für alle»

«Es reicht nicht, wenn wir nur neue Computer installieren», sagt Irene Hänzenberger, Leiterin des Schulamts der Stadt Bern. Ebenso entscheidend für eine erfolgreiche Einführung der neuen Schulinformatik-Plattform seien weitere Faktoren. «Unsere Aufgabe ist es schliesslich, beim Zugang zu Informations- und Kommunikationstechnologie gleiche Chancen für alle zu schaffen», sagt Hänzenberger. Wie das erreicht werden soll, steht im pädagogischen Konzept, das integraler Bestandteil der Vorlage ist.

«Teil der Schulkultur»

Computer und Internet sollen «Teil der Schulkultur werden», schreiben die Autoren von der kantonalen Zentralstelle für Lehrerfortbildung, die das Kon-

zept zuhanden der Stadt ausgearbeitet haben. Wie Lesen, Schreiben und Rechnen sei der Umgang mit Computer und Internet als Kulturtechnik zu betrachten.

Neben allgemeinen Aussagen enthält das Konzept auch ganz konkrete Empfehlungen für den Unterricht. In der 1. und 2. Klasse sollen die Schüler die einzelnen Geräte wie Computer, Bildschirm und Maus kennen lernen und ein elektronisches Lexikon als Informationsquelle nutzen können. Ein 16-jähriger Schulabgänger wäre nach den Empfehlungen des pädagogischen Konzepts schon fast ein Informatik-Profi. Er würde die Vor- und Nachteile des Lernens mit digitalen Medien kennen und wüsste sich gegen Viren im Internet zu schützen.

Nick Lüthi

## Keine neue Diskussion

Die Frage, ob und in welchem Mass in der öffentlichen Verwaltung freie Software eingesetzt werden soll, beschäftigt Politiker nicht erst seit der Debatte um die neue Berner Schulinformatik. Seit ein paar Jahren gibt es taugliche Alternativen zu den Produkten der bekannten Hersteller. Zahlreiche Städte und Gemeinden im In- und Ausland haben sich partiell oder auch komplett von einer Kooperation mit Microsoft verabschiedet und setzen auf kostenlose Software. So wird die Stadt München in diesem Jahr die 14 000 Computer der Stadtverwaltung umrüsten und das Betriebssystem von Microsoft Windows auf Linux ändern. Die Stadt Bern betreibt ihre Homepage bern.ch mit freier Software. (nil)